



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 175. Ratssitzung vom 14. Januar 2026

5688. 2025/352

**Weisung vom 27.08.2025:**

**Postulat der SP- und Grüne-Fraktionen betreffend Untersuchung und Bericht zu den rechtsextremen Angriffen, dem Vorgehen und den allfälligen Fehlern von Seiten der Stadt und der Polizei sowie zu den künftigen Handlungsmöglichkeiten, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Von der Extremismusstudie für die Stadt Zürich der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) vom 11. Juni 2025 (Beilage) wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2022/563, der SP und Grüne Fraktionen vom 16. November 2022 betreffend Untersuchung und Bericht zu den rechtsextremen Angriffen, dem Vorgehen und den allfälligen Fehlern von Seiten der Stadt und der Polizei sowie zu den künftigen Handlungsmöglichkeiten wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat:

**Anna Graff (SP):** Die Weisung präsentiert die Extremismusstudie für die Stadt Zürich, die die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) im Auftrag des Sicherheitsdepartements (SID) erstellte und im Juni 2025 publizierte. Der Auftrag für die Studie wurde zur Erfüllung des Postulats GR Nr. 2022/563 der SP- und Grüne-Fraktion gegeben, das im Nachgang zu wiederholten neofaschistischen Angriffen in der Stadt Zürich eine Untersuchung forderte. Die Studie sollte das Vorgehen und allfällige Fehler vonseiten der Stadt sowie künftige, auch präventive Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus und andere Formen des gewaltbereiten Extremismus unter die Lupe nehmen. Der Gemeinderat überwies zudem die drei Postulate GR Nrn. 2022/562, 2022/564 und 2022/565. Diese forderten Öffentlichkeitsarbeit und eine regelmässige Sensibilisierung über die Gefahren und das Aufkommen von Rechtsextremismus, eine regelmässige und wiederkehrende vertiefte Auseinandersetzung mit gewaltbareitem Extremismus und menschenverachtenden Ideologien an Schulen sowie regelmässige verpflichtende Weiterbildungen für städtische Angestellte in relevanten Abteilungen zur Prävention, Erkennung und Intervention gegen Neofaschismus. Im Bericht wird auch auf die Forderungen der Postulate eingegangen. Die ZHAW erhielt zeitgleich von der Stadt St. Gallen denselben Auftrag, sodass die Hochschule die Situation in beiden Städten



analysierte und für jede Stadt einen getrennten Bericht erstellte. Das ist deshalb wichtig, weil die Empfehlungen für die Stadt Zürich nicht dieselben wie für die Stadt St. Gallen sind. Durchgeführt wurde das Projekt von Januar 2024 bis März 2025. Zuerst wurde eine Auslegeordnung zu den aktuellen Entwicklungen und Trends unterschiedlicher Extremismusformen im Allgemeinen und zur Situation in der Stadt Zürich im Speziellen sowie eine Analyse der Präventionsbemühungen und Interventionen der städtischen Behörden und möglicher Optimierungsmöglichkeiten gemacht. Dazu wurden vier sogenannte «Critical Incidents» in der Stadt Zürich besonders unter die Lupe genommen: den antisemitischen und islamistischen Messerangriff auf einen 50-jährigen orthodoxen jüdischen Mann im Kreis 2; den rechtsextremen und queer-feindlichen Angriff der Jungen Tat auf die Drag Time Story am Tanzhaus Zürich; die Ausschreitungen anlässlich der Demonstration «Let the night shine bright like a diamond» und den Angriff gegen rechtsextreme Teilnehmende eines Polterabends am Zürcher Hauptbahnhof. Darüber hinaus wurden die Themenfelder Queerfeindlichkeit, Staatsverweigerer\*innen, islamistischer Extremismus, Misogynie sowie Doxing, Outings und Feindeslisten im Bereich Extremismus und Radikalisierung im Verlauf des Jahrs 2024 auf Dark Social und Social Media analysiert. Ausgewählte Erkenntnisse aus diesen Analysen umfassen, dass Vorfälle mit extremistischen Hintergründen unterschiedliche ideologische Aufladungen, Vorbereitungsgrade und Artikulierungsformen aufweisen und sich insgesamt auf sehr unterschiedlichen Ebenen in der Stadt Zürich bewegen. Wie es zur Radikalisierung der Täter\*innen kam, lässt sich kaum beantworten, weil es laufende Ermittlungen gibt und noch wenig über ihre Radikalisierungsprozesse bekannt ist. Trotzdem deutet einiges darauf hin, dass über soziale Medien verbreitete extremistische Narrative zur Radikalisierung beigetragen haben mögen. Die Erkenntnisse aus dieser Social-Media-Analyse sind deshalb besonders wichtig. Es wurde sichtbar, dass Ausländer\*innenfeindlichkeit, Misogynie, Transfeindlichkeit und Antisemitismus die dominantesten Themenfelder sind und in der breiten Öffentlichkeit zu wirksamen Brückennarrativen werden. Aus dem analytischen Prozess wurden Empfehlungen für Intervention und Koordination behördlicher Handlungsmöglichkeiten bezüglich Extremismus und Prävention formuliert. Die wichtigste davon, die bereits mediale Aufmerksamkeit bekam, war die Errichtung einer Extremismusfachstelle in der Stadt Zürich, bei der Meldungen, Beratungsbedarf, Klärung von Radikalisierungsverdachtsfällen sowie Sensibilisierung und Prävention adressiert werden sollen. Das ist aufgrund der Häufung extremistischer Phänomene in Zürich sinnvoll. Ausserdem verfügt eine spezialisierte Fachstelle über das Wissen sowie die nötige Sensibilität, um gezielt und ohne Stigmatisierung gewisser Menschengruppen wie Musliminnen und Muslime arbeiten zu können. Die Fachstelle soll eine echte Querschnittsfunktion einnehmen. Der Stadtrat ist gemäss Weisung bereit, den Aufbau einer solchen Fachstelle entlang der weiteren Empfehlungen im Bericht zu prüfen. Die Kommission beantragt, vom Bericht Kenntnis zu nehmen und das Postulat abzuschreiben.

Weitere Wortmeldungen:

**Michael Schmid (AL):** Der Extremismusbericht entstand aus einem sehr konkreten und ernststen Anlass: aus einer Serie rechtsextremer und faschistischer Angriffe auf unsere



Stadt. Angriffe, die Minderheiten bedrohten und gezielt einschüchterten. Sie zeigten eines deutlich: Der Faschismus fühlt sich auch in Zürich wieder sicherer, ist sichtbarer und will sich mittels Gewalt Macht verschaffen. Der Bericht beinhaltet viele wertvolle Beobachtungen und Einordnungen. Gleichzeitig ist er aus Sicht der AL in gewissen Punkten nicht gelungen. Er vermischt Phänomene, anstatt sie klar auseinanderzuhalten. Angeblich, weil eine klare Abgrenzung nicht möglich sei. So wird der Antifaschismus dem Linksextremismus zugeordnet. Antifaschismus ist keine Frage von rechts oder links. Nach dem Zweiten Weltkrieg definierten sich Konrad Adenauer und seine CDU als antifaschistisch. Sie machten sogar Wahlwerbung damit – aus schmerzlichen Gründen. In diesem Sinn stellt sich die Frage, wann der gesellschaftliche Konsens aufgegeben wurde, dass Antifaschismus Bürger\*innenpflicht und kein Spielball der Parteien ist. Ob die vom Bericht vorgeschlagene Fachstelle nützlich ist oder ob das Ziel mit einer besseren Koordination der bisher Zuständigen in den verschiedenen Departementen besser erreicht werden kann, können wir mangels einer genügenden Datenlage nicht beurteilen. Kritisch wären wir, wenn die Fachstelle gegen Extremismus im SID angesiedelt würde. Die grösste Abteilung des SID war auch in der aktuellen Legislatur wiederholt in den Medien, weil ihre Mitarbeitenden in den Büroräumen Fahnen und Symbole mit Bezug zu rechtsextremen Gruppierungen aufgehängt haben. Man kann nicht gleichzeitig Teil des Problems und Teil der Lösung sein. Die vom Bericht vorgeschlagene Sensibilisierung und Weiterbildung zum Thema unterstützen wir deshalb bei der Polizei genauso wie in der restlichen Verwaltung. Faschismus beginnt nicht erst, wenn jemand eingeschüchtert, zusammengeschlagen oder ermordet wird. Faschismus entsteht in unseren Köpfen als Angstreaktion vor unkontrollierten politischen Zuständen. Deshalb bleibt die beste antifaschistische Abwehr radikal soziale Politik, die das Leben aller verbessert.

**Anna Graff (SP):** Die SP-Fraktion ist froh um den Bericht. Das Postulat, das diesen Bericht auslöste, konnte seinen Zweck erfüllen. Wir haben eine fundierte Auslegeordnung mit verschiedenen Empfehlungen, wie städtische Institutionen besser gegen die Erstarkung neofaschistischer und anderer menschenverachtender Ideologien vorgehen können. Der Bericht gibt ausserdem gewissen spezifischen Forderungen, die wir zusammen mit den Kolleg\*innen der Grünen und teilweise der GLP einreichten, recht. Aus der Studie wird klar, dass die einzelnen Empfehlungen höchst relevant sind. Sie zeigt aber auch, dass bestehende Strukturen diese weder alleine decken noch die nötige spezifische Expertise und Sensibilität aufbauen können. Ausgehend von der Breite und Relevanz der Empfehlungen begrüssen wir die Schaffung einer Extremismusfachstelle. Dies umso mehr, weil die Empfehlung explizit für die Stadt Zürich ausgesprochen wurde, nicht aber für die Stadt St. Gallen. Es ist klar, dass der genaue Aufgabenbereich, die Ansiedlung im konkreten Departement sowie die Schnittstellen mit bestehenden Strukturen noch ausgearbeitet werden müssen. Die SP sähe für eine solche Fachstelle – wie die AL – nicht im SID, sondern im Präsidial- oder Sozialdepartement Potenzial, mit einem niederschweligen Zugang und über Repression hinausgehenden Interventionen inklusive einem Begleitungs-, Deradikalisierungs- und Reintegrationsangebot. Ein solches gibt es in der Stadt Zürich nicht. Die aktuelle lokale, nationale und internationale politische und gesellschaftliche Grosswetterlage macht die Prävention und den Umgang mit Extremismus leider relevanter als lange zuvor. Mit der klaren Empfehlung aus dem



ausführlichen Bericht ergibt sich aus Sicht der SP ein Handlungsauftrag an die Stadt, zeitnah die Fachstelle auszuarbeiten sowie die weiteren Forderungen umzusetzen.

**Martina Zürcher (FDP):** Die FDP-Fraktion las den Bericht mit Interesse und nimmt ihn zur Kenntnis. Er enthält viele gute Dinge und ist vor allem sehr sachlich. Viel sachlicher als die Debatte, die wir im Gemeinderat hatten, als der Bericht bestellt wurde. Nur weil rechtsextreme Kreise manchmal eine Schweizer Fahne nutzen, heisst es noch lange nicht, dass die Schweizer Fahne rechtsextrem ist. Die FDP ist kritisch gegenüber der Fachstelle, die im Bericht empfohlen wird. Dabei handelt es sich übrigens nur um eine von vielen Empfehlungen. Die anderen Empfehlungen finden wir sehr sinnvoll. Die Extremismusbekämpfung ist in unseren Augen eine Daueraufgabe verschiedenster Verwaltungsabteilungen – egal, ob das im Lebensraum Schule oder einem strafrechtlich relevanten Bereich ist. Sie muss gut funktionieren und die Wege müssen kurz sein. In unseren Augen ist das nicht der Fall, wenn es irgendwo noch eine Koordinationsstelle gibt. Es muss in allen Verwaltungseinheiten Verantwortung übernommen werden.

**Dr. Roland Hohmann (Grüne):** Die Grünen begrüssen die Extremismusstudie für die Stadt Zürich und stimmen den Anträgen des Stadtrats zu. Wir begrüssen insbesondere, dass das SID keinen Behördenbericht mit der Autorenschaft Polizei, sondern eine wissenschaftliche Studie anregte und vorlegte. Die Studie wählt einen breiten Fokus und beleuchtet auch Antisemitismus, Islamophobie, Queerfeindlichkeit und Misogynie. Wir sind davon überzeugt, dass Extremismus und Gewaltextremismus u. a. Ausdruck einer pervertierten Vorstellung von Männlichkeit sind. Die Studie macht acht Empfehlungen, die wir alle unterstützen. Aber wir begrüssen vor allem die Schaffung einer Fachstelle Extremismus. Wir anerkennen, dass die bestehenden Fachstellen in Zürich mit unterschiedlichen Zielgruppen wertvolle Arbeit leisten. Es fehlt aber eine allgemeine Fachstelle, die koordiniert und vernetzt. Es braucht eine Anlaufstelle mit niederschwelligem Zugang. Wie die SP und AL finden wir, dass die Anlaufstelle nicht beim SID angegliedert sein soll. Wir stimmen dem Bericht und der Abschreibung der Postulate zu.

**Samuel Balsiger (SVP):** Wenn man der SP zuhörte, war es sehr bezeichnend. Sie sprach immer von Extremismus oder Rechtsextremismus, aber sie schaffte es nicht, sich explizit gegen Linksextremismus auszusprechen. In der Fraktionserklärung der SVP hätte es genug Beispiele gehabt, um aufzustehen und glaubwürdig zu machen, dass man gegen jeglichen Extremismus ist. In der Fraktionserklärung zeigte die SVP auf, wie unsere Stände mit brachialer Gewalt zusammengeschlagen werden oder man bei unseren Volksvertretern zu Hause vorbeigeht, die Häuser verschmiert und Türklingeln blutrot durchstreicht. Das ist eine Gewalt, die in einer Demokratie nichts zu suchen hat. Das sind Zustände, wie man sie vom Ende der Weimarer Republik kennt – natürlich in einem viel weniger extremen Ausmass. Mit dem Zustand der Schweiz hat das nichts zu tun: Wir sind eine gesunde, bürgerliche Gesellschaft und nicht an der Kippe zum Faschismus. Aber es gibt Punkte, an denen man aufstehen und glaubhaft machen könnte, dass man gegen jeden Extremismus ist. Aber sobald es sich um linken Extremismus handelt, sind Sie mucksmäuschenstill, weil Sie es insgeheim befürworten. Die SP sagte,



*sie fasse den Bericht zusammen. Aber einen wichtigen Bestandteil, den der Bericht herauschälte und auch der Tages-Anzeiger als bemerkenswert betitelte, erwähnte sie nicht: dass linksextreme Gewalt im städtischen Raum auf Rückhalt bei der politischen Linken trifft. Wenn Linksextreme die SVP zusammenschlagen und ihr Mobiliar zerstören, findet man das im linken Lager gut. Sie sind unglaublich, wenn Sie es gut finden, dass die SVP mit politischer Gewalt mundtot gemacht werden soll.*

**Sven Sobernheim (GLP):** *Der Bericht ist eine gute Auslegeordnung. Die einzige Diskussion, die wir noch führen, ist jene um die Fachstelle Extremismus. Ich selber machte sehr gute Erfahrungen mit einer Ansprechperson in der Verwaltung in Winterthur, die sich vertieft mit dem Thema befassen kann. Es ist aber noch unklar, wie die Schnittstellen und Kompetenzen verteilt sein sollen. Da stellen sich uns grundsätzliche Fragen zur Abgrenzung und den Kompetenzen, auch wenn wir die Schaffung der Fachstelle im Grundsatz beschliessen. Wenn ich höre, dass die Fachstelle nicht beim SID sein soll, kann ich das nachvollziehen. Wenn ich aber höre, dass Prävention neu beim Präsidialdepartement angegliedert werden soll und nicht mehr beim Sozialdepartement, muss ich sagen: Entweder ist es bei der Sicherheit oder beim Sozialen, aber sonst nirgends.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Referat: Anna Graff (SP); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Leah Heuri (SP) i. V. von Oliver Heimgartner (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Severin Meier (SP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL), Xenia Voellmy (GLP)  
Abwesend: Reis Luzhnica (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Anna Graff (SP); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Leah Heuri (SP) i. V. von Oliver Heimgartner (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Severin Meier (SP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL), Xenia Voellmy (GLP)  
Abwesend: Reis Luzhnica (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



6 / 6

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Von der Extremismusstudie für die Stadt Zürich der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) vom 11. Juni 2025 (Beilage) wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2022/563, der SP und Grüne Fraktionen vom 16. November 2022 betreffend Untersuchung und Bericht zu den rechtsextremen Angriffen, dem Vorgehen und den allfälligen Fehlern von Seiten der Stadt und der Polizei sowie zu den künftigen Handlungsmöglichkeiten wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 21. Januar 2026

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat